

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

43 (20.2.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablofen oder am Postkassier monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., durch die Post 1,24 M. bezw. 4,02 M. monatlich 1,30 M., vierteljährlich 3,90 M.; durch die Post 1,34 M. bezw. 4,02 M.

Ausgabe: Werktag mittags: Geschäftszeit: 1/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 25 A., zuzügl. 30 % Zeu- rungszuzügl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefluß 1/9 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Niedriger hängen!

Karlsruhe, 20. Febr.

Unter der Ueberschrift „Grundrissliches zur Zwangsschulfrage“ bringt der „Badische Beobachter“ in seinem Abendblatt vom 15. I. Nr. 78 I. Bl. aus der Feder des Universitätsprofessors Dr. Engelbert Krebs in Freiburg eine längere Abhandlung, in welcher der Standpunkt vertreten werden soll, daß die von der Verfassungskommission des badischen Landtags zu § 19 des Verfassungsentwurfs (Schulparagraf) beschlossene Aufnahme des Grundgesetzes, wonach alle Kinder ohne Unterschied des Standes und des Geschlechts der Eltern vom 6. bis zum 9. Lebensjahre zum Besuch der öffentlichen Volksschule verpflichtet sind, eine doppelte geistige Verwundung der Katholiken — an ihren „geistigen Reichthümern“ und an ihrer „Freiheit“ — in sich schließt.

Daß der Grundriß des öffentlichen Volksschulzwangs für die Kinder vom 6. bis zum 9. Lebensjahre im ganzen badischen Lande seit 50 Jahren als die Regel durchgeführt ist und nur in ganz wenigen Städten des Landes noch einige Privatschulen für Kinder dieses Alters bestehen, ist allbekannt. Ebenso auch, daß nur dann eine wirkliche Hebung der unierer Volksschule noch anhaltenden Mängel in den verschiedensten Hinsichten zu erwarten ist, wenn auch die Kinder der jogen. gebildeten und besitzenden Klassen zur allgemeinen Volksschule zu be- ziehen, und ihre Eltern demgemäß ein ganz anderes Interesse an der allgemeinen Volksschule nehmen werden und nehmen müssen, als es bisher der Fall war, wo sich die wohlhabenden Eltern gegenüber allen Klagen einfach damit trösten konnten, daß sie ihre Kinder aus der allgemeinen Volksschule wegnehmen und in eine Privatschule verbringen konnten.

Da die Verfassungskommission auch noch einen Uebergangszeitraum von 5 Jahren vorgegeben hat, innerhalb dessen sich Privatschulhaber und Eltern auf den Uebergang der 3 bis 4 unteren Volksschulklassen auf die öffentliche Volksschule vorbereiten können, so wird kaum ein badischer Staatsbürger, Katholik oder Protestant, Jude oder Freireligiöser, der jene allgemeine Grundriß anerkennt, darin irgendeine Verwundung an „geistigen Reichthümern“ und an der „Freiheit“ finden können, wenn er nicht eben dieses, mit der allgemeinen Volksschulbildung nicht vereinbarliche Privilegium der Privatschule gerade für die fünf unter geistlicher Leitung stehenden Privatschulen des Landes aufrecht erhalten wissen will. Daß auch von diesen fünf Schulen die Klassen vom 6. bis zum 9. bezw. 10. Lebensjahr vom Jahr 1912 in allgemeine Volksschulklassen umgewandelt werden sollen, darin also soll diese doppelte Verwundung gefunden werden, eine Verwundung, die, wie der Artikelschreiber sagt, weit über den Radikalismus der französischen Freimaurer und jedes noch so absolutistischen Autokraten hinausgeht.

Derartige Ueberreibungen rufen sich von selbst, und es wäre iherwegen nicht erforderlich gewesen, von dem Artikel nähere Notiz zu nehmen.

Ebenso kann es wohl dem guten Geschmack unserer katholischen Mitbürger überlassen werden, ob sie es billigen, wenn in der Art und Weise, wie es unter I des Artikels geschieht, die „geistigen Reichthümer“ der katholischen Kirche gegenüber den Andersgläubigen hervorgehoben und mit „Beweisstützen“ aus den höchsten Mystikern der Kirche belegt werden, die sonst in die politische Diskussion hineinzuziehen nicht jedermanns Sache ist. Allein das mag der Artikelschreiber mit seinen eigenen geistlichen und weltlichen Gesinnungsgenossen ausmachen.

Niedriger hängen aber muß man den Anwurf gegen alle Nichtkatholiken, der sich in folgenden Worten äußert:

„Wir haben noch einen weiteren Reichthum zu verteidigen: unsere Sittlichkeit. Die sozialistischen Leser dieser Zeilen mögen mir das Folgende nun übel nehmen oder nicht; gesagt muß es doch werden: Wir fürchten durch das zwangsweise Zusammenzwingen unserer Kinder mit den religionslos erzogenen Kindern gottloser Eltern aus triftigen Gründen für die Sittlichkeit unserer Kinder.“

Nach dem diese Thema hier nur an, bin aber gern bereit, darüber in eine ernste, sachliche Diskussion einzutreten, oder stelle auch ohne Diskussion eine nähere Behandlung dieser Frage schon gleich hier in Aussicht. Für heute möge das Gesagte genügen.“

Dieser Vorwurf, daß in der allgemeinen Volksschule die „religionslos erzogenen Kinder gottloser Eltern“ die „Sittlichkeit“ der katholischen Kinder gefährden, ist ein derart nichtwürdiger gegen die allgemeine Volksschule sowohl, als gegen alle Eltern und Kinder, die sich der Vorteile der allgemeinen Volksschule bedienen, und enthält eine derartige Beschimpfung unserer Nichtkatholiken — denn nur „wir“ Katholiken „haben Gott leibhaftig in unseren Kirchen und in unseren Herzen bei uns“, die anderen „suchen“ oder „ahnen“ ihn höchstens! — im Felde draußen gefallener Kinder, wie unserer Kinder dabei, wie unserer selbst, daß man die katholische Kirche nur bedauern kann, wenn sie derartige führende „Geister“ in ihren Reihen schalten und walten läßt. Kaufende im deutschen Volke, daß zu 2/3 nicht katholisch ist, werden, wenn sie, zumal in der gegenwärtigen Zeit,

diese neuen Beschimpfungen von geistlicher Seite hören, in berechtigtem Zorn und in harter Feindschaft gegen derartige Diener Christi erglühn, und niemand wird es ihnen verargen können, wenn ihnen in begrifflicher Entrüstung die schärfsten Worte gegen einen solchen „Gottesbesitzer“ entfahren, der die einfachsten Regeln Christi im Verhalten gegen Kinder und gegen Andersgläubige mißachtet. Wenn dabei auch kirchliche und religiöse Gesinnung den schwersten Schaden erleiden, so mag dies der geistliche Herr Professor verantworten. (Etwas „Geugabel“ gefällig?) Auch ihm wird die Rektüre von Matthäus Kapitel 23 von Zeit zu Zeit eine heilsame Wirkung bringen.

Uns andern aber, die wir derartiger Beschimpfungen ungeachtet den Glauben an die große Aufgabe der Religion und Kirche uns nicht rauben lassen und auf unserem Weg unbeeinträchtigt durch derartige Anwürfe weitermarschieren werden, drängt sich, da wir nicht in das umgekehrte Charaktertum verfallen wollen, einwenden nur wieder die alte Frage: „quousque tandem?“ auf die Lippen: Wie lange noch werden Kirche und Geistesfreiheit es dulden, daß derartige „Vorwörter“ die große und heilige Sache der Religion und Kirche — mit ausgedrückt — blamieren und den Weg der Menschheit nach vorwärts und aufwärts in eine umgekehrte Gäßchen nach Springprozession verformen?

Dr. Dieß, Stadtrat und Mitglied des Verfassungsausschusses.

Attentat auf Clemenceau.

Frankfurt a. M., 19. Febr. Durch einen Funkspruch des Eiffelturms wird mitgeteilt: Heute morgen gegen 9 Uhr wurden in dem Augenblick, als Clemenceau, welcher gerade von zu Hause kam und in einem Auto die Gasse der Frankfurter Straße passierte, ein Attentat verübt. Es wurden auf den Ministerpräsidenten mehrere Revolverkugeln abgegeben, die ihn jedoch nur leicht verletzten. Die Polizei bemächtigte sich des Unbekannten, welcher zu entkommen versuchte, aber von Vorübergehenden festgehalten wurde. Der Festgenommene erklärte, Kott zu sein.

Paris, 20. Febr. Aeneas Dasas. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß Ministerpräsident Clemenceau ins rechte Schulterblatt getroffen worden ist. Innere Organe sind nicht verletzt.

Amsterdam, 20. Febr. Nach einer Meldung aus Paris gab der Mann, der das Attentat auf Clemenceau verübte, auch auf die Schußleute, die ihn verhafteten, zwei Schüsse ab, wobei er einen Schußmann verwundete.

Zum Attentat auf Clemenceau führt der „Vorwärts“ aus: Die Politik, die Clemenceau betreibt, sei die schlimmste Gefahr für die friedliche Zukunft Europas, und das sollte von den französischen Sozialisten erkannt werden. Das gegen den greifen Staatsmann gerichtete Attentat, gleichviel von welcher Seite es begangen wurde, sei aber kein Mittel, dem Wunsche der Erfüllung näher zu bringen, die von Clemenceau betrie ene Politik bis auf die Wurzel auszurotten. Man müsse vielmehr befürchten, daß dadurch die nationalistiche Stimmung in Frankreich noch mehr erhöht werde. Das französische Volk könne bei dem Stand seiner Verfassung durch den Druck der öffentlichen Meinung einen Umschwung in der Politik bewirken. Leider habe es dazu bisher keine Neigung gezeigt; und das Attentat sei nicht geeignet, solche Neigungen hervorzurufen oder zu stärken.

Die Verhandlungen wegen Lebensmitteln.

Berlin, 19. Febr. Nach einer Meldung der „B. Z. am Mittag“ erklärten in den letzten Verhandlungen in Spa und Trier über die Verjorgung Deutschlands mit Lebensmitteln die Vertreter Amerikas und der Entente, daß eine Kreditgewährung an Deutschland ausgeschlossen sei, denn Deutschland sei in der Lage, zu zahlen. Der Vorsitzende der deutschen Kommission für Lebensmittelbeschaffung und für Finanzierung, Unterstaatssekretär v. Braun hat darauf eine genaue Aufstellung über Deutschlands finanzielle Lage gegeben, um die Kreditnotwendigkeit zu beweisen. Käme die Lebensmittelbeschaffung wegen Kreditverweigerung nicht zustande, so müßten uns unsere Schiffe bleiben, damit wir uns aus anderen Ländern versorgen könnten. Die Ausföhrungen von Braun machten auf die Entente-Kommission, die keine Vollmacht zur Kreditgewährung hatte, großen Eindruck. Es wurden neue Abmachungen über weitere Lebensmittelieferungen von 235 000 Tonnen zum Preise von ungefähr 11 1/2 Millionen Pfund Sterling, zu dem heutigen Kurse fast 400 Millionen Mark getroffen. Die Finanzierung dieser Summe beschäftigt zur Zeit die betreffenden Stellen. Die Zahlungsmittel sollen durch Ausbormachung der noch im Inlande befindlichen ausländischen Werte und durch gezielte Ausföhrungen von Rohstoffen und Waren beschafft werden. Die Verhandlungen darüber laufen weiter.

Schweres Eisenbahnunglück.

150 Tote und Verwundete.

Triest, 19. Febr. Am 17. d. M. ereignete sich auf dem hiesigen Südbahnhof ein schwerer Eisenbahnunfall. Auf dem Bahnhof von Rabresina stieß ein Zug auf eine Anzahl leerer Wagen, die gegen sieben von italienischen Soldaten besetzten Waggons gefahren wurden. Anfolge des Stoßes kamen die sieben Wagen ins Rollen und bewegten sich mit feis steigender Geschwindigkeit gegen Triest. Mit rasender Schnelligkeit kamen sie auf dem Triester Bahnhof an und hielten hier mit einem Beleg zusammen. Sämtliche sieben Wagen wurden vollständig zerstört. Es wurden 150 Tote und Verwundete gezählt.

Die Zahl der Opfer aus dem Eisenbahnunglück ist größer, als anfangs vermutet wurde. Von 450 Soldaten, die sich in den Waggons befanden, ist kaum die Hälfte gerettet worden.

60 Erzbischofe in Rußland erschossen.

Amsterdam, 19. Febr. Die „Times“ melden aus Helsingfors: Einem amtlichen bolschewistischen Bericht zufolge wurden im Monat Januar 60 Erzbischofe der orthodoxen Kirche, darunter der Erzbischof Bladimir von Siew, erschossen.

Gegenrevolutionärer Putsch in München.

München, 20. Febr. Vor dem Landtagsgebäude, wo zur Zeit der Rätekonferenz tagt, ereignen gestern Nachmittag eine ungefähre 60 Mann starke Matrosen-Abteilung mit der Absicht, das Landtagsgebäude zu besetzen. Später gesellten sich noch dazu Pioniere. Von verschiedenen Seiten wurde versucht, die Matrosen und Pioniere zum Abzug zu bewegen. Einige Matrosen drangen jedoch in den Eingang des Landtagsgebäudes ein und warfen Handgranaten, die von der im Gebäude befindlichen Wache mit Geschützfeuer beantwortet wurden, dabei wurden zwei Personen verletzt. Im Rätekonferenz, der trotz der Zwischenfälle weiter tagt, wurde mitgeteilt, daß der Bahnhofs-Telegraphenamt, das Polizeipräsidium, sowie die Stadt-Kommandantur von aus Wilhelmshafen geflorenen Matrosen besetzt worden seien. Der Stadtkommandant, der Polizeipräsident, sowie der Sekretär des Ministerpräsidenten seien verhaftet worden. Die Gebäude wurden bald wieder von Republikanern und von einer Abteilung des Leibgrenadier-Regiments befreit und die Verhafteten wieder in Freiheit gesetzt.

Der Sekretär des Ministerpräsidenten meldete im Kongress die Mitteilung, daß Prinz Joachim von Preußen, der sich im Hotel „Lauerischer Hof“ in München unter dem Namen eines Grafen Metz aufhält, verhaftet worden sei, weil er im Verdacht stehe, mit den Umirien im Zusammenhang zu stehen. Ein noch gestern abgehaltener Ministererrat beschäftigte sich mit der Angelegenheit. Der Führer der Matrosen Lotter wurde gleichfalls verhaftet. Die an dem Putsch beteiligten Matrosen erklärten, daß sie irregulär worden seien. Ihre Waffen haben sie dann freiwillig abgegeben.

Arbeitslosenfrage im braunschweigischen Landtag.

Braunschweig, 19. Febr. Während der heutigen Beratungen der Landesversammlung über die Arbeitslosenfrage veranlaßten sich vor dem Landtagsgebäude eine noch zahlreichere Menschenmenge von arbeitslosen Männern und Frauen. Ein Teil von ihnen stürmte das Haus, die Treppe hinauf und erbrach die Türen zum Sitzungssaal. Es entstand sich zunächst ein wildes Geschimpfe. Die Abgeordneten wurden umringt, ebenso der Präsident. Die Eindringlinge bemächtigten sich des Abgeordneten Müller-Schöll, Direktor einer hiesigen Firma, schlugen auf ihn ein und schlugen ihn mit dem Kopf auf den Tisch. Schließlich wurde auch der Tisch des Präsidenten umgeworfen, die Tische und Stühle im Saale zusammengeschlagen und die Türöffnungen eingestößt. Der Saal und S-Rat versuchte, die Leute zu beruhigen, aber vergeblich, Volkswache und Matrosenwache waren aufgerufen, um das Gebäude wieder zu säubern.

Spartakus.

Gotha, 19. Febr. Gegen die Befehle durch die Regierungstruppen ist heute mittag 12 Uhr der Generallstreik ausgebrochen. Alle Betriebe stehen still. Die Zeitung sind schon gestern nicht mehr erschienen.

Münster i. W., 19. Febr. Das Generalkommando gibt bekannt: In Ederfeld hatten am 18. 2. Angriffe der Spartakisten auf die Eisenbahndirektion und den Bahnhof zum Erfolge geführt. Der Abwehrkommandeur II hat eine Kompanie mit Maschinengewehren vom Jäger-Bat. 89 zur Hilfe geschickt, die auch den Bahnhof und die Eisenbahndirektion wieder eroberte und zur Zeit noch besetzt hält. Marschall Koch hat genehmigt, daß Regierungstruppen im Abschnitt II zur Unterdrückung der ausgebrochenen Unruhen verwendet werden.

Berlin, 19. Febr. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalan.“ aus Barmen haben dort die Spartakisten nachts die Bahnhöfe und die öffentlichen Gebäude besetzt und die Polizei entwaffnet. Viele Betriebe wurden gezwungenerweise still gelegt, ebenso in Ederfeld. Sämtliche Beamten wollen streiken.

Berlin, 19. Febr. Wie dem „Berl. Lokalan.“ aus Ederfeld berichtet wird, kam es auf der Zeche Graf Bismarck zwischen Spartakisten und der Sicherheitswache zu einem Feuergefecht, wobei 3 Arbeiter getötet wurden.

Sagenau, 19. Febr. Heute Mittag setzten die Unruhen und Plünderungen von neuem ein. Im Schloß des Landgrafen von Hessen Philippsruhe bei Sagenau plünderten junge Leute und Frauen die Innenräume und nahmen Wäschestücke und dergleichen mit sich. Die Plünderer wurden schließlich durch heranrückende Mannen verjagt, die den Leuten die Wege zum Teil wieder abnahmen. Am Nachmittag kam es auf dem Bahnhofplatz zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Truppen und Demonstranten, wobei auch Maschinengewehre in Tätigkeit traten. Acht Personen wurden getötet, außerdem gab es mehrere Verwundete. Auch die Truppen hatten zwei Tote und einige Verwundete.

Seite 6.
den 19.
1238
ung
glieb ter
tischen
g zahlreich
orfaub.
06“
1281
ziehung“
en am
8 Uhr,
trabe, statt
S. w. J.)
ruhe
10 Uhr
merer
y.
ungen
er, Mu-
obesitzer
alle Mit-
vereinen,
nd drin-
1280
einen.
and.
stommi-
für das
das liter
uar d. J.
S. ab für
3.
st nicht
an der
lösen.
Saal.
20, im
n Neben.
f. Goethe-
e, in der
1278
ung
ffenburg
inder
architekt-
Freiburg
1282

Berlin, 19. Febr. Aus dem Haag wird dem 'Fr. Boten' berichtet: Nach einem Exchange Telegramm aus Rotterdam...

Baden.

Ministeranklage. Stammgüter. Militärkonvention. Gemeindeverwaltung.

Bei der Beratung des Ausschusses des Verfassungsorgans über die Ministeranklage wurde von dem Verfassungsausschuss auf demokratischen Antrag hin beschlossen, daß der Landtag...

Die Uebergangsbestimmung des § 67 über die Stammgüter wird dahin gefaßt, daß neue Stammgüter nicht errichtet werden dürfen...

Mitteilungsbeschlüsse herrschten im dem Ausschuss darüber, daß die Militärkonvention zwischen Baden und Preußen vom 25. November 1870 durch die revolutionären Ereignisse aufgehoben ist.

Die Beratungen führen nunmehr zum § 20 des Entwurfs betr. das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und Kreise zurück. Nach lebhafter Aussprache erhielt dieser Paragraph auf demokratischen Antrag hin folgende Fassung: 'Die Gemeinden werden in ihrem demnachstigen Bestand...

Dummheit oder Sozialistenhaß?

Die Badische Schulzeitung bringt in ihrer Nr. 4 einen von dem Bezirksverein Karlsruhe-Land eingesandten Artikel, der den Protest enthält, es würde das Verkenntnis eines Lehrers der sozialdemokratischen Partei...

Die 'Bad. Schulzeitung' drückt natürlich diese niederträchtige Anempfehlung der sozialistisch gesinnten Lehrer mit Behagen ab. Das ist die 'Demokratie' des Schriftleiters: Entwürdigungen der sozialdemokratischen Lehrer auf Anempfehlungen werden abgelehnt und unterdrückt...

Haben sich die Lehrer des Bezirksvereins Karlsruhe-Land bei obiger Weisheit-Verzweiflung auch klar gemacht, daß sie eigentlich sich selbst in eine ganz eigenartige Beleuchtung gestellt haben? Sie müßten sich doch nach dem Ausfall der Wahlen überlegen, daß eine solche Aufstellung, gelinde gesagt: eine Unverschämtheit ist.

Zudem ist das, was die Lehrerkonferenz Karlsruhe-Land hier ausspricht, ganz gewöhnlicher Terror. Es ist noch keine so große Anzahl sozialdemokratischer Lehrer vorhanden — es hängt das mit der ganzen Seminarbildung zusammen — daß sie schon den Reaktionsären unter den Lehrern die Reviten befehlen könnten. Aber es steht Gefahr, daß sich dem Häuflein der Aufrechten noch mancher anschließt.

Die sozialdemokratisch gesinnten Lehrer verbitten sich in Zukunft solche Anempfehlungen. Sie fragen aber auch den derzeitigen Kultusminister, ob er Kenntnis von solchen antirevolutionären Ansichten hat und was er zu tun gedenkt, um die sozialdemokratischen Lehrer vor solchen Beleidigungen von reaktionärer Seite zu schützen...

Freier Handel oder öffentliche Bewirtschaftung.

Die Badische Verbraucherkammer hat zu der Kundgebung des badischen Handels, die am Sonntag, den 2. Februar 1919, in Karlsruhe stattfand, Stellung angenommen. Sie hat einstimmig den Beschlüß gefaßt, der Regierung die folgende Kundgebung zu übermitteln:

Die Verbraucher gehen den schwersten Monaten der ganzen Kriegszeit entgegen. Die Brotversorgung im bisherigen Umfang ist ohne Getreideeinfuhr unmöglich.

Die Verbraucher gehen den schwersten Monaten der ganzen Kriegszeit entgegen. Die Brotversorgung im bisherigen Umfang ist ohne Getreideeinfuhr unmöglich. Auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung stehen wir vor einer Not, wie wir sie größer während des ganzen Krieges nicht zu verzeichnen hatten.

Unser wieder hat es sich während der langen Kriegszeit gezeigt, daß der freie Handel nur dann die ganze Bevölkerung gleichmäßig versorgen kann, wenn genügend Waren vorhanden sind. Wo jedoch Warenmangel herrscht, werden vom freien Handel nur die zahlungsfähigsten versorgt, während große Kreise der minderbemittelten Bevölkerung unberührt bleiben.

Aber nicht nur bei der Brot- und Kartoffelversorgung muß die öffentliche Bewirtschaftung aufrechterhalten bleiben, sondern auch bei der Fleisch-, Milch-, Fett-, Zucker- und Eierversorgung. Jeder zum Beispiel ist ein so wichtiges Nahrungsmittel und ein so begehrtes Luxusobjekt, daß bei dem Fortfall der Nationierungsvorrichtungen die zahlungsfähigen Kreise geradezu stürmisch mit Zucker eindecken und dadurch die allgemeine Versorgung unmöglich machen würden.

Bei der Fettversorgung liegen die Dinge ebenso unangenehm. Tausende sind lediglich auf die geringe Fettmenge, die ihnen die Kommunalverbände zuweisen, angewiesen. Den freien Handel zu lassen, das heißt dem nur auf die legitimen Zufuhren angewiesenen Teil der Bevölkerung das Fett gänzlich entziehen.

Zusammenfassend möchten wir sagen, daß auch wir die Zwangsverwaltung nicht als einen idealen Zustand betrachten. Der Krieg hat jedoch — wir betonen nur auf den Zusammenbruch der österreichischen Versorgung — gezeigt, daß in bei en großen Nahrungsmittelmangel allein die planmäßige Einteilung und Verteilung vor der Hungersnot in der schlimmsten Form schützen kann. Wir halten die Voraussetzungen für die Verteilung der öffentlichen Bewirtschaftung daher augenblicklich nicht für gegeben.

Verorgungsverfahren für Militärentlassene.

Infolge der sofortigen Entlassung zahlreicher Unteroffiziere und Mannschaften der Feld- und Kriegstruppenteile vor Abschluß der Versorgungsverfahren ist eine starke Ueberlastung der Ämter des Bezirksämteramtes entstanden. Es kann daher lt. 'Karlsruher Zeitung' nur eine allmähliche Prüfung der angemeldeten Anträge stattfinden. Die Versorgungsuntersuchung muß derart durchgeführt werden, daß nicht nur eine möglichst gründliche, wissenschaftliche Auffklärung gewährleistet, sondern daß auch der Unterdruck des Vertrauens gewinnt, daß keine Versorgungsangelegenheit eingependelt, sachgemäß und unbefangenen geprüft wird.

Nicht schulfrei an den Postanstalten.

In Anbetracht der ersten Posttage kommen auch in diesem Schuljahre die Postanstaltsfreie Montag und Dienstag als schulfreie Tage in Betracht. Dagegen sind die Anstaltsleiter und Vorgesetzten ermächtigt, am Mittwoch den Unterrichtsbeginn auf 10 Uhr festzusetzen.

Die starke Zunahme der Geschlechtskrankheiten auch in Baden, sogar bei Kindern, wurde auf einer Konferenz festgestellt. Die kürzlich im Ministerium des Innern in Karlsruhe stattgefundenen Beratungen des Ministeriums, der Landesversicherungsanstalt der Krankenkasse, der Ärztekammer, und ferner die Ämter der Beratungsstellen in Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe erfassten. Es wurde ein Ausschuss gebildet, bestehend aus den Ärzten der Beratungsstellen, der in Verbindung mit der Landesversicherungsanstalt vor allem die systematische Belehrung der Bevölkerung, besonders auch auf dem Lande, organisieren, sowie sonstige zweckmäßige Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vorschlagen soll.

Baden-Baden, 19. Febr. Nach neuerlichen Beobachtungen haben die Bodenfälle wieder zugenommen und waren gestern acht Fälle zu verzeichnen.

Leimen bei Heidelberg, 20. Febr. Im hiesigen Zementwerk lösten sich von der Zementerde der Hauptwerke plötzlich Eisenmassen los, welche die unter der Erde arbeitenden Arbeiter verschütteten. Dabei wurde ein 36jähriger Arbeiter getötet und einer schwer verletzt.

Mannheim, 19. Febr. Dem Kohlenhändler Glock wurden 3000 M. braunes Geld, verschiedene Schecks, eine goldene Herrenuhr, eine goldene Brille und zahlreiche Mäpche- und Kleidungsstücke geraubt.

Mannheim, 20. Febr. Die Polizei verhaftete in den letzten Tagen insgesamt 22 Personen, dabei einen obdachlosen Maler, der u. a. drei Schweine gestohlen hatte.

Mannheim, 20. Febr. Auf einer hiesigen Polizeiwache meldete sich eine 20jährige Landwirtstochter aus Angeldorf unter dem Vorwand sie trage ein von ihr heimlich geborenes Kind in einer Schachtel bei sich, das alsbald nach der Geburt gestorben sei. Ein ruffischer Kriegsgefangener ist der Vater des Kindes, das wahrscheinlich getötet worden ist.

Konstanz, 19. Febr. Die Polizei verhaftete einen Mann, welcher gestohlene Uhren im Werte von 8000 M nach der Schweiz verbringen wollte. Weiter wurde ein Schmuggler erriapt, der eine größere Menge Schokolade und Kaffee bei sich führte. Der deutsche Kurs in der Schweiz ist auf 53,80 und damit weit unter den Silberwert der Mark gesunken. Die schweizerische Regierung wird von Anfang März ab zwei fleischlose Tage in der Woche anordnen. Wie weiter aus der Schweiz berichtet wird, soll die Brotkarte gegen Ende April aufgehoben werden; die Fettkarte wird noch beibehalten.

Die Franzosenherrschaft im Saanerland.

Wülfl, 19. Febr. Trotzdem das Saanerland, soweit es von den Franzosen besetzt ist, ziemlich hermetisch abgeschlossen ist, dringen doch immer wieder Nachrichten über das Ausrufen der Franzosen durch. Es ist erst kürzlich berichtet worden, welche strenge Strafen schon wegen geringfügiger Vergehen und wegen Nichtbeachten der Vorschriften verhängt werden. Das Geld der Strafen

müssen die Leute selbst nach Kehl auf die Kommandantur tragen, wobei, wie wir in einem dem 'Ager- und Wälder-Poten' angelegten Bericht lesen, ein Staboffizier den Bestraften begleitet. Wer sich mehr als 50 Meter von seinem Hause entfernt, muß einen Erlaubnischein dazu haben. Bauerleute, die ohne einen solchen Schein Rüben vom Felde holten, wurden zu 200 und 300 Franken Geldstrafe verurteilt. Ein aus dem Feld heimgekehrter Krieger, der sich ein Andenken mit nach Hause gebracht hatte, bekam mit seinem Nachbar Streit. Dieser zeigte den Krieger bei den Franzosen an und sagte, er habe französisches Eigentum mit nach Hause gebracht. Die Folge war, daß der Angezeigte zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Der Jugerverkehr wird streng kontrolliert, besonders auf die Mitnahme von Briefen. Mitteilende erzählen, daß ein Postschaffner der Postbahn deshalb zu 300 Fr. Geldstrafe verurteilt worden ist, weil in dem Einturfkasten des Postwagens ein Brief gefunden wurde, den jemand, ohne daß es der Beamte merkte, eingeworfen hatte.

Die Franzosen in Kehl. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir folgendes: Beim Einzug der Franzosen in Kehl war das Gebäude des Gaswerksdirektors, eines Schächers, mit der Tricolore geschmückt worden, was unter der ganzen Bevölkerung großes Verwundern erregt hatte. Vor einigen Tagen wurden zu nächstlicher Stunde einige Fenster des Gebäudes eingeworfen. Zur Strafe dieses angeblichen 'Verbrechens' ist nun der Stadt Kehl eine Geldbuße von 5000 M mit Befristung von 24 Stunden auferlegt worden. Die Franzosen, so wird weiter berichtet, fühlen sich hier schon ganz als die Herren im Lande. Die Soldaten jagen ganz offen, daß das ganze Kehler Gebiet nicht mehr an Deutschland zurückgegeben wird und die Strahburger Blätter haben bereits die Kühnheit, Nachrichten aus dem Gebiete des Kehler Büdenlopfes mit 'Nachrichten aus dem badischen Elsass' zu überschreiben. Die Nebenbahn Odenburg-Altenheim-Odenheim-Loch darf seit dieser Woche wieder von den Reisenden benutzt werden. Als Ausweis ist lediglich ein deutscher Reisepaß mit dem Bildnis des Betroffenen notwendig.

Soziale Rundschau.

Handgranaten her!

Kastatt, 19. Febr. Mit den Streichungen von Renten scheinen die Lebensbedingungen allzu große Umstände machen zu wollen; das konnte man heute auf dem Bezirksamt sehen, wo auf Grund von ärztlichen Gutachten Verhandlungen zwecks Kürzung oder Streichung von Invaliden-Renten anwesend aufgenommen wurden. Auf das energischste muß dagegen protestiert werden, wie wenig Rücksicht dabei auf Kriegsbeschädigte genommen wurde. Kam da ein jüngerer Kriegsbeschädigter mit zwei künstlichen Gelenken; obwohl er im Zivilberuf Maurer war, ist er doch nur mit 70 Proz. erwerbsunfähig geschrieben; wahrscheinlich deshalb, weil er kein Geld als Angestellter bei der Post verdient und zwar: sage und schreibe monatlich 50 M. Obwohl dieser Mann verheiratet ist, soll er ihm die Invaliden-Rentenrente entzogen werden. Auf solche sozialen Unverschämtheit gibt es nur eine Antwort: Raas mit diesen 'Rechtspredkern'!

Wir wollen nur noch einen Fall herausgreifen: ein Arbeiter mit einer vollständig verkrüppelten Hand (50 Proz. erwerbsunfähig) sollte keine Invaliden-Rentenrente mehr bekommen, weil er ¼ seines normalen Einkommens verdient; das ist die Strafe dafür, weil dieser Mann die fortwährenden Schmerzen, die ihm seine Verwundung bereitet, nicht scheut, um etwas zu verdienen, damit seine Frau und seine Kinder nicht verhungern. Ein Glück für diese Kriegsbeschädigten war es, daß ein Vertreter des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte anwesend war, der durch seinen Protest erreichte, daß jenseit der Krassen Fälle nicht entschieden wurden, sondern zur Prüfung an das Landesversicherungsamt zurückgingen. Sollte diese Prüfung dahin ausfallen, daß die Renten doch gestrichen werden, so raen wir den betreffenden Kriegsbeschädigten, von ihrem Recht, Berufung einzulegen, Gebrauch zu machen. Aus diesen Vorfällen kann man aber auch ersehen, wie tollkühn sich der Reichsbund der Kriegsbeschädigten seiner Mitglieder annimmt, sobald es im Interesse jedes Kriegsbeschädigten und Kriegseilnehmers liegt, dem Bund beizutreten.

Kastatt, 19. Febr. Eine Ertrungenschaft der Revolution kann man den 'Bund der Vereinigungen aktiver Unteroffiziere der deutschen Armee, Marine und Schutztruppe' nennen, der sich im November 1918 in Berlin gebildet hat. Befig angeordnet von den rechtsstehenden Parteien, die mit einer größeren 'Materireue' der Unteroffiziere gerechnet hatten, konnte sich der Bund während der wenigen Monate seines Bestehens schon gewaltig ausbreiten; auch in Kastatt hat sich bereits eine Ortsgruppe gebildet, deren Vorstand Genosse K e h r g und Schriftführer Genosse F e i z i c h sind. Der Bund steht fest hinter der jetzigen Volkregierung und bekämpft jede Gegenrevolution von rechts oder links. Der Bund hat aus allen Bezirken des Reiches seine Vertreter in Berlin, welche im Zusammenarbeiten mit der Reichsregierung die Interessen der aktiven Unteroffiziere wahrnehmen. Seit der kurzen Zeit seines Bestehens hat der Bund schon viel Nützliches geleistet (z. B. bei der Rangabzeichenfrage) und bildet ein kräftiges Gegengewicht gegen den Offiziersbund. Es liegt daher im persönlichen Interesse jedes aktiven Unteroffiziers, seiner Ortsgruppe dieses Bundes beizutreten. Die Kastatter Ortsgruppe hält jeden ersten Montag im Monat Vollversammlung ab, wo Anmeldungen entgegengenommen werden. Die nächste Versammlung findet am 3. März im Lindenpale statt, wozu auch Familienangehörige willkommen sind.

Bildungseinrichtungen für erwerbslose Jugendliche. Der Stadtrat von Mannheim beschloß in Uebereinstimmung mit einem Erjuden des Volksgenussausschusses des Arbeiterrotts und des Gewerkschaftsartells Mannheim die von ihm getroffenen Bildungseinrichtungen für jugendliche Erwerbslose fortzusetzen. Die am 11. Februar infolge einer Demonstration jugendlicher Erwerbsloser zugestufte vorläufige Einstellung einer auf jugendliche Erwerbslose in der Weise gäbten Zwanges, daß sie bei Nichtbeachtung der Benutzungsanforderungen von der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen werden, hat sich nicht bewährt. Die Zahl der die Veranstaltung besuchenden Personen hat sich von Tag zu Tag vermindert und umfaßt jetzt nur noch einen ganz kleinen Teil der jugendlichen Erwerbslosen. Der Stadtrat beschloß nun erneut, daß den jugendlichen Erwerbslosen im Alter bis zu 20 Jahren die Erwerbslosenunterstützung entzogen werden soll, wenn sie an den Veranstaltungen nicht teilnehmen oder wenn sie dieselben stören.

Gewerkschaften und Arbeitslosenfrage. Verbandsvorstand und Bezirksleiter des Bauarbeiterverbandes beriet jüngst in Hamburg über eine Reihe wichtiger Verbandsangelegenheiten. Dabei kam auch das Problem der Arbeitslosigkeit gründlich zur Besprechung. Ueber das Ergebnis der Aussprache berichtet der 'Grundstein' in folgender Weise:

Es kam zum Ausdruck, daß die Arbeitslosigkeit infolge der hohen Unterzählungen viel größer sei, als sie nach Lage des Arbeitsmarktes zu sein brauchte. In vielen Orten ist die behördliche Arbeitslosenunterstützung zusammen mit der Arbeitslosenunterstützung von unserem Verband fast ebenso hoch wie der Verdienst aus dem tariflichen Lohn, in einzelnen Fällen geht sie sogar über den tariflichen Lohn noch hinaus. Da sei es schwer, selbst für Tariflöhne bei Notstandsarbeiten Arbeitskräfte zu bekommen. Es wurde von der Konferenz fast einstimmig anerkannt, daß die heutigen hohen Unterzählungen zur Verringerung der Arbeitslosenzahl nicht geeignet sind und daß die Arbeitslosenzahlen vermindert werden müssen, wenn wir nicht in ganz kurzer Zeit einer Katastrophe entgegengehen wollen.

Die Konferenz vertrat weiter einstimmig die Auffassung, daß die Gewerkschaften die berufliche Vertretung ihrer Mitglieder sein und bleiben müssen. Das Festhalten an den Gewerkschaftsgrund-

Jeden dürfte ebenso Gemeingut aller Gewerkschaftler sein wie die Zustimmung zu Maßnahmen, welche eine Ausnutzung der Arbeitslosenunterstützung für Arbeitslose ausschließen.

Aus der Partei.

Blantenloch, 18. Febr. Sozialdem. Verein. Nächsten Sonntag, 22. Februar, abends 8 Uhr, findet im Volkshaus zum "Schwanen" eine Mitgliederversammlung statt. Wegen wichtiger Angelegenheiten wird um pünktliches und vollständiges Erscheinen gebeten. Auch die Leser der Parteipresse sind freundlichst eingeladen.

Stillingen, 17. Febr. Die verflochtenen Samstage im "Wilden Mann" stattgefundenen Wahlvereinsversammlung war sehr gut besucht; besonders waren auch die Frauen zahlreich erschienen. Gen. Stöberer referierte über "Sozialdemokratie und Gemeindepolitik". Er behandelte im besonderen die Tätigkeit unserer Genossen auf dem Rathaus, riefte alle die Tünder des dortigen "alten Regiments" ins rechte Licht und wies nach, daß die Vertreter der sozialdem. Partei dort schon Vieles im Interesse der Allgemeinheit und des Fortschritts in der Gemeinde getan haben. Es sei notwendig, all den gemeindepolitischen Geschäften größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. An den beifällig ausgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Aussprache an, an welcher sich auch einige Genossinnen beteiligten. Von einem Genossen wurde im besonderen die Frage des hier so hoch herrschenden Wohnungsproblems behandelt. Unsere Genossen wirken auch in der Befreiung dieses Landes in der Wehrdienstaushebung mit. Von jeder war unsere Fraktion schon vor dem Kriege auf dem Rathaus tätig, um der Wehrdienstaushebung zu helfen. Leider fand sie aber nicht die gewünschte Unterstützung der anderen Parteien. Auch an die zurückliegende ungeliebte Angelegenheit der Grundstücksfrage in der hiesigen Gemeinde wurde hingewiesen. Wo soll das hinführen, wenn Grundstücke um den zehnfachen Betrag ihres Ankaufs veräußert werden? Staat und Gemeinde sollten diesem wirtschaftlich ungeliebten Treiben ein Ende setzen und entgegenzukommen. Des weiteren wurden noch Ausführungen über die Lebensmittelpolitik gemacht. Das große Interesse für all die einschlägigen Fragen der Gemeindepolitik ist ein gutes Zeichen dafür, daß unsere Genossen im kommenden Wahlkampf für die Gemeindepolitik auf dem Damm sein werden.

n. Vorwärts im Bezirk Stillingen! In Bruchhausen, Amt Stillingen, fand letzten Sonntag eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Hagemann Stillingen in 14-stündigem Vortrag über "Sozialismus und Arbeiterkraft" über die "Kommunalwahlen" sprach. Neben gab ein anschauliches Bild der gegenwärtigen Lage, um dann vor allem die bevorstehenden Aufgaben in Reich, Staat und Gemeinde zu besprechen. Unter Hinweis darauf, daß nur durch Zusammenfluß aller der Arbeiter, Handwerker, Kleinrentner, Beamten usw., die Demokratie bestehen können und für die tragen kann, forderte der Redner alle freigesetzten Männer und Frauen auf, einzutreten in die sozial. Partei, mitzubauen am Hause der Zukunft, damit auch für die bis jetzt entrechtete Klasse eine bessere, freiere Epoche erziehe. Reicher Dank und Beifall wurde dem Referenten am Schluß gesollt, der schloß den Vortrag ab, daß sich sofort 46 Parteimitglieder, darunter mehrere Frauen, zum Beitritt einzeichneten. Es konnte daran anschließend sofort ein provisorischer Wahlvereinsauschuß gewählt werden, der bis zur endgültigen Wahl im kommenden Mitgliederversammlung die Geschäfte zu führen hat. Als provisorischer Vorstand wurden gewählt: Vorsitzender: Genosse Mettstein, Buchhalter, Kassier: Genosse Günter Maas, Schriftführer: Graf Otto, Beisitzer: Heintze Josef I, Unser Franz, Michel Wolf.

Es wird nun Sache unserer Genossen von Bruchhausen sein, in dem die Gemeindevorstellung durch ihr einseitiges Verhalten unter ihren Bürgern mehr Versehen erregt, als es bei uns in Weingarten der Fall ist. Dem Zusammentritt hier wurde bei Kriegsausbruch der kurz zuvor durch hohe Gelbmittel angelegte Sportplatz wieder entzogen. Der Verein konnte sich dieser nötig gewordenen Maßnahme nicht verschließen, beantragte jedoch den 1. Vorsitzenden, beim Herrn Bürgermeister dahin vorzulegen zu werden, daß der Platz, um die teuren Holz- und Eingangsarbeiten zu erhalten, von bedürftigen Mitgliedern des Vereins angekauft werden dürfte. Der Herr Bürgermeister hat sich dem an die alten Mitglieder zurückgegeben würde. Nach der Rückkehr der Mitglieder vom Felde sollte der Sportbetrieb wieder aufgenommen werden. Die Vereinsverwaltung machte zur Wiedererlangung des Sportplatzes eine Eingabe an den Gemeinderat unter Vorlegung einer ministeriellen Genehmigung über Sportplatzangelegenheiten. Eine Antwort oder Bescheid des Gemeinderats ist aber bis heute noch nicht eingegangen, obwohl bestimmt ist, daß über den Fall in einer Gemeindevorstellung gesprochen wurde. Auf erneutes Vorbringen durch den Rathaus wurde vom Herrn Bürgermeister die Rückgabe des Platzes nach der Ernte in Aussicht gestellt; einige Tage darauf wurde aber bekannt, daß der Platz auf jedes weitere Jahre verpachtet worden sei. Gegen solche Behandlung seitens der Gemeindevorstellung verwarfen sich die Mitglieder des Vereins ganz entschieden; der Verein zählt etwa 900 Mitglieder, 60 haben auf den Schlachtfeldern ihr junges Leben lassen müssen, sie bilden es nicht mehr, daß man sie wie bisher als Mühsenerin behandelt. Der Verein verlangt sein Recht und wird kein Mittel unversucht lassen, es sich auch zu verschaffen.

r. Weingarten, 17. Febr. Es dürfte kaum ein anderer Ort geben, in dem die Gemeindevorstellung durch ihr einseitiges Verhalten unter ihren Bürgern mehr Versehen erregt, als es bei uns in Weingarten der Fall ist. Dem Zusammentritt hier wurde bei Kriegsausbruch der kurz zuvor durch hohe Gelbmittel angelegte Sportplatz wieder entzogen. Der Verein konnte sich dieser nötig gewordenen Maßnahme nicht verschließen, beantragte jedoch den 1. Vorsitzenden, beim Herrn Bürgermeister dahin vorzulegen zu werden, daß der Platz, um die teuren Holz- und Eingangsarbeiten zu erhalten, von bedürftigen Mitgliedern des Vereins angekauft werden dürfte. Der Herr Bürgermeister hat sich dem an die alten Mitglieder zurückgegeben würde. Nach der Rückkehr der Mitglieder vom Felde sollte der Sportbetrieb wieder aufgenommen werden. Die Vereinsverwaltung machte zur Wiedererlangung des Sportplatzes eine Eingabe an den Gemeinderat unter Vorlegung einer ministeriellen Genehmigung über Sportplatzangelegenheiten. Eine Antwort oder Bescheid des Gemeinderats ist aber bis heute noch nicht eingegangen, obwohl bestimmt ist, daß über den Fall in einer Gemeindevorstellung gesprochen wurde. Auf erneutes Vorbringen durch den Rathaus wurde vom Herrn Bürgermeister die Rückgabe des Platzes nach der Ernte in Aussicht gestellt; einige Tage darauf wurde aber bekannt, daß der Platz auf jedes weitere Jahre verpachtet worden sei. Gegen solche Behandlung seitens der Gemeindevorstellung verwarfen sich die Mitglieder des Vereins ganz entschieden; der Verein zählt etwa 900 Mitglieder, 60 haben auf den Schlachtfeldern ihr junges Leben lassen müssen, sie bilden es nicht mehr, daß man sie wie bisher als Mühsenerin behandelt. Der Verein verlangt sein Recht und wird kein Mittel unversucht lassen, es sich auch zu verschaffen.

Obenheim, 19. Febr. Auch hier war während des Krieges die Arbeiterbewegung vollständig eingestoppt. Dies soll und muß nun wieder anders werden. Wir haben die alten Mitglieder, Genossinnen und Leser der Parteipresse zu einer Gründungsversammlung am Samstag den 22. Februar, abends 8 Uhr, in das Gasthaus zur "Lilium" ein. Gleichzeitig sollen die kommenden Gemeindevorstellungen besprochen werden.

Wochen, 19. Febr. Sozialdemokratische Partei. Sonntag, 23. Febr., findet im "Alten Bahnhof" eine Versammlung statt. Der wichtigste Tagesordnungspunkt ist es Pflicht jedes Genossen und Parteifreundes, zu erscheinen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

38. Konzert des Badvereins Karlsruhe.

"Die Schöpfung" von Haydn. C. T. A. Hoffmann, der als Musikdirektor wie als Musiker noch immer zu wenig Beachtung findet — wie viele Musiker kennen ihn doch nur dem Namen nach von Offenbachs Komische-Oper her! — macht in seiner Schrift "Alte und neue Kirchenmusik" darauf aufmerksam, daß man Haydn großes Unrecht tue, wenn man an seine Schöpfung und Jahreszeiten den Majestät seiner Kirchenmusik anlegt. "Jene Musik des Meisters bezieht sich in keiner Art auf kirchlichen Kultus und jene Oratorien sind nichts anderes, als der herrliche Ausdruck, wie dem Meister das Leben — die Welt — in der Musik aufgegangen". Das Leben! kein Wort hören wir heute so oft als dies, unsere "modernen" Philosophen beten es uns täglich vor als Inbegriff und Lösung aller Rätsel. Und doch, nur in der Kunst erhält das Wort erst einen Sinn, wenn wir an das höhere Leben denken, das aus der Seele des Künstlers als Offenbarung hervorgeht. Und eine solche Offenbarung ist Haydns Schöpfung. Es ist eigenartig, wie ein anderer, der äußerlich wie innerlich kaum etwas mit Haydn gemeinsam hat, eine "Schöpfung" vor uns erschaffen läßt und der dazwischenliegende Töne findet: Richard Wagner. So verschieden beide sind, sie schöpfen aus dem Vorn der Musik, die doch die einzige Kunst ist, die das Werden zum Ausdruck bringt. — Die Vorstellung des "Schaos" überschreibt Haydn die Einleitung zu seinem Werk. Gottlob, daß Richard Strauss nicht auf solch einen Einfall kam, aber wer weiß? — Haydn gibt uns in seiner Musik bezeichnenderweise die Vorstellung des Chaotischen. Ja, unsere heutigen, man wäre versucht, ihnen die Worte zuzurufen: "Verachtet mir die Meister nicht!"

Daß man deren Kunst aber auch wirklich bei uns ehrt, das beweist der prächtige Anblick, den am letzten Samstag die Festhalle bot. Eine erhebende Stimmung lagerte über dem Ganzen und trug nicht zum wenigsten für das Gelingen der Veranstaltung bei. Das Orchester war ganz hervorragend, insbesondere der Streichkorps, dem manche schwierige Aufgabe gestellt war. Ueberall berührte man das Walten des Dirigenten Fritz Cortolozis.

Edmebecker H. Winter die Grundsätze und Ziele der alten Sozialdemokratischen Partei dargelegt hat. Es ist unklar, daß ich Mitglieder der Mehrheitspartei persönlich angegriffen habe. 3. Tatsache ist, daß mit Herr Winter auf der Fahrt zum Versammlungsort erklärt hat, daß die Parteigenossen in Hell a. S. bereits vor einiger Zeit beschließen haben, der Mehrheitspartei zuzustimmen. 4. Tatsache ist, daß Herr Winter auf die von mir in der Versammlung vorgelegten Fragen nicht antworten konnte. Er bemerkte immer wieder, nicht vorbereitet zu sein. — Mit Rücksicht darauf, daß obiger Artikel nicht aus einwandfreier beim objektiver Feder stammt, lehne ich es ab, im einzelnen auf die Ausführungen einzugehen.

Verstärkt wären wir natürlich nicht, diese "Berichtigung" des Herrn W. zu bringen, trotzdem er sich bei mir und so lehrhaftig auf das Wahre beruft, vor dem er wohl keinen blauen Schimmer hat. Wir bringen die "Berichtigung" aber dennoch, um zu zeigen, wie "einwandfrei" und "objektiv" die Feder des Herrn W. ist. Wir unterziehen uns nicht allein die Ausführungen, die er zu machen droht, ab, sondern den Herrn W. überhaupt.

Kommunalpolitik.

Ein unhaltbarer Zustand.

K. Wolfswinter, 18. Febr. Schon seit Anfang November ist unter Ort mit Einquartierung belegt, mit einer kurzen Unterbrechung von ungefähr 14 Tagen. Doch bei einer derart langen Zeit diejenigen Einwohner, die die ganze Zeit über 1-2 Mann im Quartier hatten, froh waren, als vor kurzem die Soldaten von hier vertrieben wurden, läßt sich leicht denken, so sehr man auch den Soldaten entgegenkam und für sie gerne Opfer brachte. Besonders die ärmeren Familien, die ganz mangelfähige Wohnungen inne haben, und kaum für die eigenen Familienangehörigen ausreichende Betten zur Verfügung hatten, trugen schwer an der Einquartierung. Sie mußten sich so weit als möglich einrichten, oft mußten mehrere Familien in einem Bett schlafen, um eine Schlafstelle für die Soldaten frei zu bekommen. Für alle längere Zeit hatten sich die meisten Quartiergeber sehr bemüht; aber auf die Dauer ist dieser Zustand untragbar. Viele Leute, die zu den "Wohhabenden" gehören, sind über diese Dinge auch ein wenig unruhig, weil sie wissen, daß die Soldaten keine Soldaten sind, die man nicht in die Häuser der armen Leute und besonders der Industriearbeiter zur Last.

Am 2. Februar wurde nun wieder Einquartierung angemeldet, ungefähr 50 Mann, die dann auch am 3. Februar eintrafen und natürlich wiederum größtenteils den armen Leuten zugewiesen wurden. Das Schlimmste ist aber nun diesmal die Verteilung. Es heißt einfach: die Leute bekommen im Quartier ihre Verteilung, was dafür vergütet wird und woher die meisten Leute, besonders solche, die ganz auf Lebensmittelfragen angewiesen sind, die nötigen Lebensmittel heranzubringen sollen, danach fragt niemand. Die Quartiergeber neigt ihren Familien müssen also, da es die Soldaten erlauben, am eigenen Munde abspüren, ein großes Äußerliches bei der heutigen Veranbarung. Es soll nun für jeden Soldaten Lebensmittelkarten erhalten; das heißt aber, daß heute hat man aber noch nichts gesehen. Man kann sich ja beklagen, daß die Lebensmittelkarten nicht fast allen, letzten Mitteln erziehen bei in diesem Bürgermeistern mehrere Soldaten, darunter auch hohe Beamte und Veranbarung unter Druckungen und Verleumdungen Lebensmittelkarten; als wäre dann der Sache abgeschlossen. Es wäre angebracht, dieser leidigen Verteilung zu mühen, daß die Mannschaften, wenn sie noch länger hier bleiben sollten, durch die fehlende Verköstigung werden, wie es anderwärts auch der Fall ist. Die nachgehenden Stellen müssen sofort Schritte schaffen, denn länger lassen sich diese unhaltbaren Zustände nicht mehr ertragen.

r. Weingarten, 17. Febr. Es dürfte kaum ein anderer Ort geben, in dem die Gemeindevorstellung durch ihr einseitiges Verhalten unter ihren Bürgern mehr Versehen erregt, als es bei uns in Weingarten der Fall ist. Dem Zusammentritt hier wurde bei Kriegsausbruch der kurz zuvor durch hohe Gelbmittel angelegte Sportplatz wieder entzogen. Der Verein konnte sich dieser nötig gewordenen Maßnahme nicht verschließen, beantragte jedoch den 1. Vorsitzenden, beim Herrn Bürgermeister dahin vorzulegen zu werden, daß der Platz, um die teuren Holz- und Eingangsarbeiten zu erhalten, von bedürftigen Mitgliedern des Vereins angekauft werden dürfte. Der Herr Bürgermeister hat sich dem an die alten Mitglieder zurückgegeben würde. Nach der Rückkehr der Mitglieder vom Felde sollte der Sportbetrieb wieder aufgenommen werden. Die Vereinsverwaltung machte zur Wiedererlangung des Sportplatzes eine Eingabe an den Gemeinderat unter Vorlegung einer ministeriellen Genehmigung über Sportplatzangelegenheiten. Eine Antwort oder Bescheid des Gemeinderats ist aber bis heute noch nicht eingegangen, obwohl bestimmt ist, daß über den Fall in einer Gemeindevorstellung gesprochen wurde. Auf erneutes Vorbringen durch den Rathaus wurde vom Herrn Bürgermeister die Rückgabe des Platzes nach der Ernte in Aussicht gestellt; einige Tage darauf wurde aber bekannt, daß der Platz auf jedes weitere Jahre verpachtet worden sei. Gegen solche Behandlung seitens der Gemeindevorstellung verwarfen sich die Mitglieder des Vereins ganz entschieden; der Verein zählt etwa 900 Mitglieder, 60 haben auf den Schlachtfeldern ihr junges Leben lassen müssen, sie bilden es nicht mehr, daß man sie wie bisher als Mühsenerin behandelt. Der Verein verlangt sein Recht und wird kein Mittel unversucht lassen, es sich auch zu verschaffen.

Obenheim, 19. Febr. Auch hier war während des Krieges die Arbeiterbewegung vollständig eingestoppt. Dies soll und muß nun wieder anders werden. Wir haben die alten Mitglieder, Genossinnen und Leser der Parteipresse zu einer Gründungsversammlung am Samstag den 22. Februar, abends 8 Uhr, in das Gasthaus zur "Lilium" ein. Gleichzeitig sollen die kommenden Gemeindevorstellungen besprochen werden.

Wochen, 19. Febr. Sozialdemokratische Partei. Sonntag, 23. Febr., findet im "Alten Bahnhof" eine Versammlung statt. Der wichtigste Tagesordnungspunkt ist es Pflicht jedes Genossen und Parteifreundes, zu erscheinen.

Herr W. aus Offenburg schreibt uns folgende "Berichtigung": Auf Grund der Bestimmungen in Pressegesetz erlaube ich Sie unter Bezugnahme auf den in Ihrem Blatt in der Nr. 38 vom 12. h. M. Seite 2 unter der Überschrift: "Eine Auseinandersetzung zwischen Mehrheitspartei und U. S. P. erscheinenden Artikel aus Hell a. S., die verpöht in meine Hände gelangt ist, um Aufnahme folgender Berichtigung: 1. Es ist unklar, daß Herr

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 20. Februar.

Die Forderungen der städtischen Arbeiter.

Eine überfüllte Versammlung der städt. Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 13. Februar mittags 2 Uhr in zwei Sälen des Klosterrats. Die Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter beschloß am 26. Januar d. J. der hiesigen Stadtpolizei einen Lokalkontrakt zu ergreifen, um die Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Da die Bewirtschaftung derselben längere Zeit in Anspruch nimmt, soll sofort ein Ausgleich geschlossen werden zwischen dem zu fordernden und dem jetzigen Lohn. Die Erhöhung sollte für Arbeiter und Arbeiterinnen 3 M pro Tag betragen. Gauleiter Feder und Kollege Karber gaben folgenden Bericht über den Stand der Lohnerböhung:

In einer Arbeiterberatersitzung vorletzter Woche war nach den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Dr. Paul die Stadtpolizeiverwaltung bereit, eine Lohnzulage von 2 M für Arbeiter, die unter 10 M verdienen, zu geben und denen, die über 10 M täglich haben, sollte 1 M pro Tag Zulage gewährt werden. Den aus dem Felde zurückgekehrten Arbeitern sollte, soweit sie bis zum 1. April d. J. in Arbeit sind, für jeden halben Monat, den sie bis dahin arbeiten, vom 1. Oktober v. J. ab, 1/2 von 300 M gewährt werden. Die Arbeitererretter wiesen nach, daß es unmöglich ist, mit solchem Einkommen in der hiesigen Zeit zu leben und lebten im Verein mit städt. Beamten, diesen Vorschlag als ungenügend ab. Anschließend mochten die städt. Beamten, Lehrer und Lehrerinnen unserer Organisation den Vorschlag, gemeinsam eine Forderung zu stellen, zu stellen. Wir sind gerne zu gemeinsamen Arbeit bereit, so es ernst gemeint ist. In einer langgedauerten Besprechung zwischen der Regionalkommission der Stadtpolizeiverwaltung und genannten Organisations wurde von allen Vertretern nochmals nachgewiesen, wie notwendig die Erhöhung der Gehälter und Löhne ist. Es ist unklar, wenn von der anderen Seite immer behauptet wird, die Erhöhung der Einkommen der Beamten und Arbeiter bedinge eine Erhöhung der Lebensmittelpreise usw. Ungeachtet, die Preise für alle Bedarfsartikel sind in der Höhe und nur langsam liegen die Einkommen. Dies beweise die Höhe der Summe, die notwendig ist, um unsere Forderungen gerecht zu werden. Der Aufforderung, uns zu sagen, wie man mit den heutigen Löhnen leben könnte, kam seitens der Stadtpolizeiverwaltung niemand nach, 900 000 M seien nötig, um die von der Stadtpolizeiverwaltung bezugsfähige Erhöhung zu geben. 2 400 000 M betrage die Forderung der Beamten, Lehrer, Lehrerinnen und Arbeiter. Nach einer Besprechung der Organisationserretter ist die Stadtpolizeiverwaltung bereit, in den nächsten Tagen einen Vorschlag zu der verlangten Erhöhung auszugeben. Vereinarbeitete Beamte, Lehrer u. Lehrerinnen, sowie vereinarbeitete städtische Arbeiter u. Arbeiterinnen erhalten 100 M, Ledige genannter Kategorie erhalten 60 M, soweit ihr Lohn aber Gehalt 9000 M im Jahre nicht übersteigt. Die Stadtpolizeiverwaltung kann allein keine Lohn- oder Gehaltsverbesserungen bewerkstelligen. Es müssen auch die von der Bürgererschaft gewählten Körperchaften herbeigeholt werden. Das geht es bei uns nicht so schnell mit der Bewilligung wie in Privatbetrieben. Die untrüglichen Helfer mögen dies berücksichtigen und zu ihrem Vertrauen das nötige Vertrauen haben. Wir müssen, wo uns der Sachverhalt, Erlämpflich ist besser als Geldbesitz. Wände betrachten die Organisation nur als Automaten. Oben scheint man einen Feiner hinein, unten kommt ein fünfziger heraus. Man kann schließlich überein, folgende Forderungen zu verlesen, auch wenn es zum Verhängen kommt:

Verheiratete städtische Arbeiter und Arbeiterinnen sollen 3 M pro Tag, ledige Arbeiter und Arbeiterinnen gleicher Art erhalten 2 M pro Tag Zulage ab 1. Januar. Weniger als 10 M pro Tag darf der Lohn nicht betragen. Bis zum 1. April aus dem Herrentendienst Entlassene und noch im Herrentendienst stehende erhalten 175 M einmalige Zulage. Nach jedem halben Monat, den der aus dem Herrentendienst Entlassene seit 1. Oktober bis 1. April gearbeitet hat, erhält er weitere 15 M. Die Zulagen für Beamte usw. sind dementsprechend. H. S.

Reichsbund der Kriegsbefähigten und Kriegsteilnehmer. Es ist nochmals der heute Abend 7 Uhr im großen Saale der Festhalle stattfindenden Familienabend hingewiesen. Die Gelegenheit des angebotenen Programms wie auch der Zweck der Veranstaltung, Schaffung eines Unterstufungsvereins für in Not geratene Mitglieder der Ortsgruppe Karlsruhe, sollen die Einwohnerlichkeit veranlassen, in Massen zu dem Abend zu erscheinen.

Der Arbeiter-Frauenchor, der aus kleinen Anfängern heraus sich zur beachtenswerten Höhe emporgeschwungen hatte, durch Ausbruch des Krieges aber seine Tätigkeit für unterbrechen mußte, rief auf heute Donnerstag Abend im Lokal zur "Deutschen Eiche" (Mugartenstraße 60) eine Generalsammlung ein, um über den Wiederaufbau des Vereins zu beraten. Da gerade die Arbeiterfrauen und Mädchen während der langen Dauer des Krieges unermessliches Leid und Mühe erdulden mußten, wäre es dem Verein zu wünschen, bald wieder auf seine alte Höhe zu kommen. Es sind deshalb nicht nur die früheren Mitglieder, sondern alle jugendlichen Frauen und Mädchen zu dieser Versammlung eingeladen.

Bezirk Stillingen. Die Kommissionsmitglieder und Sitzgenossen treffen sich morgen Freitag abend im "Barbarossa" (Ede Marien- und Luisenstraße) zu einer äußerst wichtigen Besprechung. Vollständiges Erscheinen ist dringend notwendig.

Soldatenkompanien. Von Grenadiere der in Karlsruhe liegenden Kompanien des Leibregiments Nr. 109 wird uns geschrieben: Es hat allen Anschein, als ob der alte unantastbare preussische Militarismus wieder so langsam in die Köpfer eingehen wolle. Hier in Karlsruhe bei der 1. und 3. Kompanie wenigstens ist kaum mehr ein Unteroffizier gegenüber den früheren Zuständen zu bemerken. Der Soldatenteil des Bataillons ist abgejagt worden, ob durch den Bataillonskommandeur oder durch höhere Instanz ist unbekannt. Die Vertrauensleute, die die Kompanien noch besitzen, sind in ihren Rechten so beschnitten, daß sie kaum mehr in der Lage sind, noch etwas im Interesse der Mannschaften zu unternehmen. Die Kriegskriegler werden nach altpreussischer Art öfters durch Disziplin den Truppen bekanntgegeben. "Wohlfühlensammlungen" sind an der Tagesordnung. Die Soldaten sind aber nicht gewillt, sich wieder in die alten Zwangsbedingungen fesseln zu lassen. Es fährt bereits wieder in den Kompanien. Und wenn es zu Weiterungen kommt, dann mögen sich jene die Schuld zuschreiben, die aus dem 9. November immer noch nichts gelernt haben, obgleich sie selbst doch auf mitleidig an den Zuständen sind, die die Revolution heraufbeschworen haben.

Führer durch Karlsruhe. Der Verkehrsverein Karlsruhe hat heute die von Herr Dr. L. S. D. durchgeführte Neuauflage eines Führers durch die badische Landeshauptstadt und ihre Umgebung mit reichem Bilderdruck und sehr guter Ausstattung, die in der Ausgabe von 1914 erschienen ist, herausgegeben. Der Führer ist in der Ausgabe von 1914 erschienen ist, herausgegeben. Der Führer ist in der Ausgabe von 1914 erschienen ist, herausgegeben.

Baden-Baden. Von jetzt ab wird allmonatlich eine vollständige Vorstellung im Kurhaus stattfinden. Die bisherigen Volksvorstellungen zu Einheitspreisen werden vermehrt und an einem Sonntag im Monat findet im Kurhaus ein Volkskonzert statt. An allen übrigen Sonntagen werden die städt. Schauspiele eine Volksvorstellung geben.

Freiwilligerweife hat sich der Badverein entschlossen, das Werk Haydns zu vollständigen Preisen zu wiederholen. Die zweite Aufführung findet nächsten Montag statt. Näheres wird noch bekannt gegeben. Die Preise der Plätze betragen 3, 2 und 1 M. Vorverkauf bei Dertl., Kaiserstraße 159.

Baden-Baden. Von jetzt ab wird allmonatlich eine vollständige Vorstellung im Kurhaus stattfinden. Die bisherigen Volksvorstellungen zu Einheitspreisen werden vermehrt und an einem Sonntag im Monat findet im Kurhaus ein Volkskonzert statt. An allen übrigen Sonntagen werden die städt. Schauspiele eine Volksvorstellung geben.

Pfannkuch & Co.
Neues
Sauerkraut
Pfund 33 Pfg.
bei 5 32 Pfg.
Pfund 30 Pfg.
bei 10 30 Pfg.
eingemachte
rote Rüben
(rote Beete)
Pfund 50 Pfg.
Salzgurken
Essiggurken
empfehlen 774
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekanntesten
Verkaufsstellen.
Vertreter f. Carlens Reichst. ge-
sucht, auch als Nebenbeschäft. Off.
Charlottenburg 4. Schlichting 14.
Für meine Leihanstalt 1817
ju ge ich
Flügel und Pianinos
zu kaufen
und erbitte Angebote.
Ludwig Schwelsgut
Karlsruhe.
Erbsengartenstraße 4.

Städt. Festhalle, Karlsruhe.
Art Oberammergauer
Passions-Festspiele
unter Leitung und Mitwirkung der berühmten Christus- und Judastarsteller Ad. und
Gg. Fassnacht aus Bayern, sowie hervorragender Passionsdarsteller.
250 Mitwirkende! Auf eigens dazu erhaltenen grossen Festspielbühne. 250 Mitwirkende!
Mitwirkung eines gemischten Chors von 150 Damen, Herren und Kindern.
Sologesänge: Oratoriansänger Adolf Fassnacht, Tenor.
Spielstage: am 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8. und 9. März jeden Abend 7 Uhr Anfang.
Ausserdem am 2., 5., 8. und 9. März jeden Nachmittag 2 1/2 Uhr und abends
7 Uhr. Schüler und Begleitpersonen zahlen am 5. und 8. Nachmittags 2/3 Uhr halbe
Preise. — Vorverkauf der Karten in der Musikalienhandlung des Herrn Fritz Müller,
Kaiserstrasse, Ecke Walstrasse, Telefon 833. — An der Abendkasse werden eine
Stunde vor Beginn der Festspiele die noch vorhandenen Karten abgegeben.
Die Festspiele fanden zuletzt in Düsseldorf, Essen und Aachen mit grossem Erfolg statt.
Anschlüsse der Züge nach der Aufführung nach allen Richtungen.
1240
Geschäftsstelle der Passionsspiele, Festhalle.

Dankfagung.
Beim Hinscheiden unserer guten Mutter und Groß-
mutter
Julie Wolf Awe.
geb. Kromer
sind uns Beweise inniger Teilnahme in überaus großer
Zahl zugegangen. Wir danken dafür von ganzem
Herzen; besonders auch Herrn Stadtpfarrer Weidemeier
für seine ergebenden Trostesworte.
Für die trauernd Hinterbliebenen:
Karoline Linke Awe.
geb. Wolf.
1802

Donnerstag, den 20. Februar 1919, nachmittags
3 Uhr, im großen Rathhause: **Versammlung des Baugewerbes und
der verwandten Gewerbe.**
Tagesordnung:
Besprechung über die Erstellung von Kleinwohnungen, an der sich
zusammen mit anderen Korporationen des Karlsruher Bauhand-
werks beteiligen soll.
Alle Interessenten sind freundlichst eingeladen.
Der Siebener-Ausschuss der Vereinigung
der Karlsruher Handwerker und Gewerbetreibenden
J. A.: Dr. A. Mittel.
1803

Entlassungs-Anzug.
Das Kriegsministerium hat jetzt auch ein Merkblatt über
Entlassungsanzüge herausgegeben.
Lernach sieht, wie bereits bekannt gegeben, nur den seit
dem 9. 11. 18 entlassenen Unteroffizieren und Mannschaften ein
Entlassungsanzug zu. Die unentgeltliche Ueberlassung von Ent-
lassungsanzügen ist eine Maßnahme, die den jetzt zur Entlassung
kommandierten bei dem Mangel an Bekleidungsstoffen und Stoffen
den Uebergang in den bürgerlichen Beruf erleichtern soll. Här-
ten, die bei Befreiung mit sich bringen, werden dadurch gemil-
dert, daß die Kommandierenden als ausführende Stellen
der Reichsbedienstetellen vor dem 9. 11. 18 Entlassenen, die
Bedürfnisse sind, zu geringen Preisen einen Anzug überlassen.
Zu erfüllen, die solche Anzüge auf Ueberlassung eines bürger-
lichen Anzuges oder Manuskripten überlassen, ein Anzug überlassen,
müssen die vor dem 9. 11. 18 Entlassenen über die Menge und
der Verfertigung erklären. Die Stellen, die die Bedürfnisse be-
stimmungen ausstellen und die Verteilung anstellen, sind die Be-
auftragten, sind im allgemeinen die Ortsbehörden.
Der Entlassungsanzug ist nach dem genannten Merkblatt in
getragenen Stücken von zweifelhafte Tragewert zulässig. Ein
Stück des Entlassungsanzuges kann auf Wunsch oder beim Mangel
an Stücken des Entlassungsanzuges der Geldwert durch erstattet
werden; er beträgt für den vollständigen Anzug 93,44 Mk.
Die Gewährung eines höheren Betrages ist bei der Finanzlage
des Reiches leider nicht möglich.
Es wird erneut betont, daß für die Befreiung
der gesetzlichen Ansprüche der Entlassenen die zuständigen Be-
triebskommandos allein verantwortlich sind; in dem vom
Reich befestigten Gebiet die Verordnungsstelle.
Wenn jemand glaubt, nicht richtig abgefunden zu sein oder
seine Abfindung zurückgestellt worden ist, so kann er seine An-
sprüche bei dem für seinen Aufenthaltsort zuständigen Bezirks-
kommando mündlich oder schriftlich geltend machen, wobei der
Militärarzt oder Entlassungsstellen oder sonstige von der ent-
lassenden Dienststelle an geübten Anerkennnisse vorzulegen sind.
Den jetzt einlager erziehenden Befanntmachungen in
der Presse über Entlassungsanzüge wird immer noch nicht die
richtige Aufmerksamkeit geschenkt.
Der solche Anordnungen von Behörden, die sich den Ueber-
lassung über die Befreiung nach diesem Gewissen verhalten, un-
bedeutet fälsch, oder gar ihnen entgegenzuwirken versucht, schädigt
die Allgemeinheit.
Das Generalkommando empfiehlt daher dringend, die in
den Befanntmachungen gegebenen Richtlinien zu beachten.
Der Landesausschuss Von Seiten des Gen.-KdS.
badischer Soldatenräte. Der Chef des Stabes:
J. B.: Gudowius, Major, 1106
Siegwart 5.

**Konfirmanden-
Stiefel**
stark, Handarbeit, zu haben
Ludwig-Wilhelmstraße 16.
Eisenbahnertaschen
in allen Größen zu haben in
Weintraubs
An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52. 1804
Ein gebrauchter Herd 6 Hg
zu verkaufen. Luisenstr. 20,
Hinterhaus 2. Stock. 1807
Achtung!
mit Rollen und
Wölle usw. u. wer-
den durch Selbst-
hilfe und geübten Leuten
gut und billig ausführt.
Käfers Adam Werle,
Götterstr. 21, 4. Et.
Scheune
zu mieten gesucht. 1271
Kronenstr. 30.

Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 1/3 Uhr,
findet im „Auerhahn“
Generalversammlung
statt.
Wir bitten unsere Mitglieder vollständig zu erscheinen.
Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. 1082
Der Vorstand.

Carbid-Lampen
von Mk. 5.50 an
Taschen-Lampen
von Mk. 2.20 an
Fahrrad-Mäntel
u. s. w.
Nordische Stahlgesellschaft m. b. H.
Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 81. 1213

Sängerbund Vorwärts
18 90
Karlsruhe
Wir laden die verehr. Mitglieder zu der am Sonntag,
den 23. Februar, nachmittags 1/3 Uhr, im Vereinslokal,
„Deutsche Eiche“, stattfindenden ordentlichen
General-Versammlung
freundl. ein, mit dem Ersuchen, vollständig und pünktlich zu
erscheinen. Tagesordnung wird in Lokal bekannt gegeben.
Etwasige Anträge müssen bis 21. Februar schriftlich ein-
gereicht sein. 1163
Die Verwaltung.

Verzinkter, starker Eisendraht
für Umzäunungen von Gärten etc. geeignet
so lange Vorrat reicht
per Kilo zu Mk. 1.20 bis 1.50 abzugeben.
Auf ein Kilo gehen circa 20 Meter, durch
E. Spitzer, Karlsruherstr. 24, Hof.

**Einschränkung der Ausgabe von
Entlassungsanzügen.**
Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß die Anfertigung
von Entlassungsanzügen zunächst bis 24. 2. 1919 einzustellen ist,
um die für den Grenzschutz oft benötigte Bekleidung sicher zu
stellen. 1288
Die Truppen und Bezirkskommandos sind deshalb von hier,
aus angewiesen worden, Entlassungsanzüge bis auf weiteres im
allgemeinen nur noch an die in die Schweiz und in das besetzte
Gebiet entlassenen Mannschaften zu verabfolgen.
Die übrigen Mannschaften müssen im Interesse der Allgemei-
heit ihre Ansprüche auf Verabfolgung und Umtausch eines Ent-
lassungsanzuges zurückstellen.
Landesausschuss Gen.-Kommando 14. A.-K.
badischer Soldatenräte. Der Chef des Stabes:
Gehr. Gudowius, Major.

Wer arbeitet 1809
für grösseres Geschäft am Platze
weiße Blusen u. Unterblusen
ausser dem Hause. Adresse mit näheren Angaben ab-
zugeben bei der Geschäftsstelle des Volksfreund.

Schafft Kleingärten!
Am Freitag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, findet in
der „Alten Brauerei Kammerer“ (hinterer Saal) eine
Berammlung betreffs Pacht von Kleingärten
statt. Wer einen Kleingarten pachten will, der komme. Haupt-
sächlich aus der Mittel- und Oststadt. 500 bis 800 Kleingärten können
sodort angelegt werden. Deshalb komme jeder, der Sinn für Selbst-
ernährung in unserer schweren Zeit hat. Das Komitee.

**Ausgabe von Zivil-Kleidern
an Linksrheinern.**
Leute, die im linksrheinischen Gebiet beheimatet und dort
von ihrem Truppenteil mit militärischen Bekleidungsstücken ent-
lassen sind, müssen sich wegen Bekleidung von Zivilkleidern an
das nächstgelegene rechtsrheinische Bezirkskommando wenden.
Schweizer Behörden in den Sammelstellen — soweit mit
militärischen Bekleidungsstücken entlassen — an die Grenzschutz-
kommando's Vorrat und Etadak. 1107
Reisen zur Erlangung von Zivilkleidern zu anderen
Stellen — General-Kommandos, oder sogar nach Berlin —
sind zwecklos.
Landesausschuss Gen.-Kommando
badischer Soldatenräte. XIV. A.-K.
Gehr. Gudowius.

Email-Geschirre 442
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet)
Geschirr-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Körnerstr. 39, im Hof. Telefon 1421.

Fleisch.
In der laufenden Woche kommen zur Verteilung: 225 g
Fleisch gegen 1/10 Fleischmarken und 75 g Fleischwurst gegen
2/10 Fleischmarken.
Karlsruhe, den 19. Februar 1919. 1810
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Daniels Konfektionshaus
Karlsruhe — Tel. 1846.
Wilhelmstrasse 34, 1 Tr
Pelze, Muffe
zu billigen Preisen 1102
Kriegsanleihen sind in
Zahlung genommen.

Kaufe oder pachte
schönes Obhgärtchen oder
kleine Landwirtschaft mit be-
liebigen Geschäft in guter Ge-
gend. Bedingung: Gute Gebäude,
electr. Licht oder Gas.
Gefl. Offerten unter K. H.
an die Geschäftsstelle des Volks-
freund erbeten. 1270

Bekanntmachung.
Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß wir in-
folge Einführung der ungeteilten Dinarzeit die Geschäftstun-
den auf die Zeit von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr fest-
setzen; an Samstag-Nachmittagen wird um 1 Uhr geschlossen. In-
jedere Kasse ist geöffnet von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 2 Uhr,
an den Samstagen von vormittags 9 Uhr bis mittags 12 Uhr.
Karlsruhe, den 18. Februar 1919. 1805
Der Vorstand
der Landesversicherungsanstalt Baden

Kain?

Kain?